



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 08.11.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:33 Uhr bis 18:33 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Teilnahme bis 18:19 Uhr
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:51 Uhr
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Seidel-Jähmig, Teilnahme bis 18:20 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme von 16:30 Uhr bis 16:49 Uhr

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich IV
Lisa Sikorski	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale, entschuldigt)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner, entschuldigt

Gäste

Vanessa Homann	Leiterin Tierheim Halle
Diana Franke	Vorsitzende Lebenstraum e.V.
Michael Westermann	Leiter Frühe Hilfen

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keiner Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt beantragte Rederecht für Frau Vanessa Homann vom Tierschutzverein.

Zum Rederecht gab es keine Einwände.

Frau Haupt schlug als Änderung vor, als erstes den Antrag

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von Kinderarmut
Vorlage: VI/2017/03055**

zu behandeln, da **Frau Dr. Brock** in den nächsten Ausschuss muss und im Anschluss soll die Mitteilung

zu 7.1 Betreuung und Begleitung Kinder- und Jugendarbeit für inklusive Kinder Ü14 – Vorstellung Projektanliegen „Lebenstraum e.V.“

behandelt werden, da die Vertreterin des Lebenstraum e.V. ebenfalls einen Anschluss Termin hat.

Es gab keine weiteren Änderungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2017
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2017
- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von

Kinderarmut
Vorlage: VI/2017/03055

- 7.1. Betreuung und Begleitung Kinder- und Jugendarbeit für inklusive Kinder Ü14 – Vorstellung Projektanliegen „Lebenstraum e.V.“
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365
 - 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention
Vorlage: VI/2017/03548
 - 4.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2017“ (Beschlussvorlage VI/2017/03365) – hier: Katzenkastration
Vorlage: VI/2017/03574
 - 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage VI/2017/03365; hier: Gleichstellungsprojekte
Vorlage: VI/2017/03576
 - 4.1.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2017/03582
 - 4.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Vorlage: VI/2017/03583
 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Projekt Integrationslotsen
Vorlage: VI/2017/03294
 - 5.3. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2017/03369
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.2. Übersicht der Fördermittelanträge 2018
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2017**

Es gab keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2017**

Es gab keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 5.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von Kinderarmut Vorlage: VI/2017/03055**

Frau Brederlow sagte, dass das Anliegen des Antrags nachvollziehbar ist. Sie fragte, ob drei Stellen für die drei Themenbereiche reichen. In Dresden zum Beispiel werden die neugeborenen Besuche mit sechs Personen umgesetzt. In anderen Städten gibt es wieder andere Modelle mit Freien Trägern. Die Sozialarbeit in Kindertageseinrichtungen soll eingeführt werden.

Frau Brederlow sagte, dass aus Ihrer Sicht die Implementierung von Stellen noch zu früh ist, da noch keine inhaltliche Beschreibung vorliegt.

Frau Dr. Brock sagte, dass die KollegInnen durchaus eine andere Struktur feststellen können und die drei Stellen ein Startschuss für dieses Projekt bilden.

Abstimmungsergebnis SKE: **zugestimmt nach Änderungen**

Abstimmungsergebnis SR: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Haushaltsentwurf 2018 drei zusätzliche Vollzeitstellen und entsprechende Sachmittel im Fachbereich Gesundheit bereitzustellen, um folgende zusätzliche Aufgaben (jeweils eine VzS) ab dem kommenden Haushaltsjahr zu erbringen:

1. **Neuausrichtung des Angebotes „Neugeborenenbegrüßung“**

- ~~Umstellung/ Ausbau dieses~~ **Das** niedrighschwelligem Beratungsangebotes für Neu-Eltern **wird** zu einem Besuchsservice **umgestellt bzw. ausgebaut**.
 - ~~d~~ **Der** Begrüßungsbesuch ist ein freiwilliges und kostenloses Angebot, bei dem eine Mitarbeiter*in des „Teams Begrüßungsbesuche“ zu den Familien nach Hause kommt. ~~—e~~ **Er** dient der Information und Beratung der Eltern zu all ihren Fragen in Bezug auf ihre neue Situation des Elternseins.
 - **Den Neu-Eltern wird ein Terminvorschlag für einen Hausbesuch unterbreitet. Dieser kann von den Eltern angenommen oder abgelehnt werden, bzw. wird auf Wunsch ein alternativer Termin vereinbart.**
 - ~~d~~ **Das** Team der Begrüßungsbesuche ist sozialräumlich vernetzt und kennt relevante Angebote im Stadtraum, wie Stillberatung, Krabbelgruppen oder Babyschwimmen **und kann auf Hebammenbetreuung im ersten Lebensjahr hinweisen.**
2. Familiencoaching in Zusammenarbeit mit dem EB Kita und als Angebot für **andere freie Träger von Kindertageseinrichtungen**
- Koordination und Organisation von Angeboten in Kindertageseinrichtungen in den Themenbereichen kindgerechte Entwicklung, Ernährung und Gesundheitsförderung; **Dieses Angebot hat unterstützenden Charakter, weil es den Kitas Angebote für die Eltern macht, die sie nicht selbst organisieren müssen.**
3. Elternberatung an der Schnittstelle **Kita - Schule**
- Information und Beratung der Eltern zu Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf den Schulbeginn im Zusammenhang mit den Vorschuluntersuchungen der Kinder.
 - Erarbeitung und Ausreichung von Übersichten zu bestehenden Unterstützungsangeboten, beispielsweise:
 - zu gesunder Ernährung,
 - zu kostenlosen und kostenpflichtigen Angeboten für Kinder in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales und
 - zu Angeboten der Familienberatungsstellen.

Nach zwei Jahren werden die Maßnahmen und deren Umsetzung evaluiert und der Stadtrat über die Ergebnisse informiert.

zu 7.1 Betreuung und Begleitung Kinder- und Jugendarbeit für inklusive Kinder Ü14 – Vorstellung Projektanliegen „Lebenstraum e.V.“

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt

Frau Franke und **Herr Westermann** führten in das Thema ein.

Frau Brederlow sagte, dass es für die Betreuung für Kinder ab dem 14. Lebensjahr eine Gesetzeslücke gibt und keine Regelungen festgelegt sind.

Soweit es Kinder betrifft, die unter den § 35a SGBVIII fallen, ist das Jugendamt Leistungsträger. Möglichkeiten für entsprechende Angebote sollte es da geben. Für andere Behinderungsarten ist das eher schwierig.

Da müsste das Land informiert werden und eine Einzelfallprüfung würde erfolgen.

Die Angebote der Erziehungshilfe sind immer abhängig von Einzelfallprüfungen.

Das Thema wurde in die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum Schulgesetz eingearbeitet.

Eine Unterstützung der Landtagsabgeordneten ist bei diesem Thema sehr wichtig. Es wird Klarheit benötigt, wer Leistungsträger für diesen Personenkreis ist.

Herr Westermann sagte, dass es um Familien und Kinder aus Halle geht und es sollte darüber nachgedacht werden, eine solche Leistung zu generieren. Herr Westermann äußerte den Wunsch der Organisation eines Runden Tisches, um eine schnellstmögliche Lösung zur Bearbeitung der bereits vorhandenen Anträge zu ermöglichen.

Frau Brederlow sagte, dass es nicht so einfach ist und die Stadt bereits das Thema Sprachlehrer übernommen hat und nicht immer einspringen kann, wenn das Land seine Aufgaben nicht erfüllt.

Es können Gespräche mit dem Land geführt werden, jedoch nicht als Stadt allein.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, ob es sich um beschulungsfähige Kinder handelt.

Frau Franke sagte, dass die Kinder, um die es geht, in die Förderschule gehen und dort den ganzen Tag beschult werden sowie eine nachmittags Betreuung erhalten.

Herr Senius fragte, in welchem Umfang Einsparungen vorliegen, wenn die freiwillige Leistung umgesetzt wird im Vergleich zu den Kosten für die Folgen, die sich aus der fehlenden Betreuung ergeben.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung dies nicht beantworten kann, da diesbezüglich keine Daten vorliegen.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016**
Vorlage: VI/2017/03365

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention**
Vorlage: VI/2017/03548

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2017“ (Beschlussvorlage VI/2017/03365) – hier: Katzenkastration**
Vorlage: VI/2017/03574

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage VI/2017/03365; hier: Gleichstellungsprojekte**
Vorlage: VI/2017/03576

**zu 4.1.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2017/03582**

**zu 4.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Vorlage: VI/2017/03583**

Frau Haupt schlug vor, den Bereich Dienstleistungszentrum/ Beauftragte als Erstes zu behandeln, da Herr Möller und Herr Paulsen in den nächsten Ausschuss müssen.

Es gab keine Nachfragen zu diesem Bereich.

Bereich Gleichstellung

Frau Wildner las die Stellungnahme vor.

Die Stadt Halle (Saale) fördert die Einrichtung „Weiberwirtschaft“ als Projekt des Vereines Dornrosa e.V. seit über 20 Jahren kontinuierlich. Die Förderstruktur dieser freiwilligen Leistung hat sich in dieser langen Zeit mehrfach verändert. Seit einigen Jahren erfolgt die Förderung in Form eines pauschalen Zuschusses, d.h. ohne Festlegung auf Anteile an den jeweiligen Kostenarten (Personalkosten, Sachkosten für den Betrieb, Projektmittel) und ohne Bindung an eine Förderung durch Dritte. Die Grundlage dafür bildet die entsprechende Förderrichtlinie der Stadt in der jeweils gültigen Fassung. Damit ist eine Förderung nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.

Die Stadt Halle (Saale) beabsichtigt, für das Jahr 2018 eine gleichbleibende Fördersumme wie im Vorjahr auszureichen. Dornrosa e.V. hat einen Aufwuchs von rund 3.200 Euro beantragt.

Frau Wildner sagte, dass noch keine Aussage möglich ist, ob die höhere Antragssumme von Dornrosa und alle Kosten nach der Richtlinie förderfähig sind. Insgesamt kann man in etwa sagen, dass die geplante Summe von 60.700 Euro für die Antragsförderung um ca. 6600 Euro überschritten ist.

Frau Dr. Schöps fragte, ob Dornrosa in den 3200 Euro, die mehr beantragt wurden, eine Tarifierpassung für Angestellte berücksichtigt haben.

Frau Wildner antwortete, dass dies nur durch Dornrosa beantwortet werden kann, da dies nicht explizit im Antrag erwähnt wird.

Herr Helmich sagte, dass es normal ist, wenn Träger Tarifierpassungen vornehmen.
Herr Helmich erweiterte den Änderungsantrag auf 7000 Euro.

Frau Haupt sagte, dass ja nur ein Bruchteil von dem was beantragt wird gefördert werden kann und fragte, ob diese Summe nicht ebenfalls erhöht werden sollte um auch den kleineren Trägern die Motivation zu geben, dass Projekte gefördert werden.

Frau Wildner sagte, dass größere Projekte gebeten wurden an andere Stelle Förderung zu beantragen. Ein Teil wurde da auch bereits beschieden.

Herr Schachtschneider fragte nach dem Deckungsvorschlag.

Dieser wird noch in den Änderungsantrag eingepflegt.

Herr Schachtschneider fragte, wie sich die Personalkosten aus dem Ergebnis 2016 und dem Ansatz 2018 mit einem Unterschied von 30.000 Euro ergeben. Was bedeuten die gebäudewirtschaftlichen Aufwendungen.

Frau Wildner antwortete, dass die Haushaltsposition Personal durch den Fachbereich Personal bewirtschaftet wird. Sie erklärte, dass sich personell nichts geändert hat und scheinbar eine Vollzeitstelle geplant wurde. Die Mitarbeiterin besetzt jedoch eine Teilzeit Stelle. Die Antwort zu gebäudewirtschaftlichen Aufwendungen kann nur durch den Fachbereich Immobilien beantwortet werden.

Frau Dr. Schöps fragte, wenn Personalkosten eingestellt sind, für die kein Personal vorhanden ist, dann ist dies doch als Option für Deckungsvorschläge denkbar.

Frau Brederlow sagte, dass Personalkosten nicht zur Deckung anderer Kosten verwendet werden können.

Die Mitglieder einigten sich auf einen gemeinsamen Antrag des Sozial-, Gesundheit- und Gleichstellungsausschusses **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018, Vorlage VI/2017/03365; hier: Gleichstellungsprojekte Vorlage: VI/2017/03576**

Als nächster Bereich wurde der Fachbereich Gesundheit besprochen.

Frau Dr. Schöps brachte den Änderungsantrag ein und sagte, dass der Antrag dazu dient im Bereich der Sucht- und Drogenprävention aktiv zu werden. Sie schlug als Deckung, die nicht verbrauchten Personalmittel des Bereiches Gesundheit, aufgrund von unbesetzten Stellen vor.

Frau Brederlow sagte, dass es vorgesehen ist, die Stelle schnellstmöglich auszuschreiben zum Anfang des Jahres. Die Deckung aus dem Bereich Gesundheit von einer unbesetzten Stelle zu nehmen ist ungünstig, da diese dann nicht besetzt werden kann. Die Suchtpräventionsfachkraft soll durch einen Freien Träger besetzt werden, da dafür eine Förderung durch das Land möglich ist. Dies soll im nächsten Jahr umgesetzt werden, es gibt bereits Gespräche mit einem Freien Träger, der dies umsetzen möchte.

Frau Dr. Schöps sagte, dass sie den Antrag zurückzieht wenn die Verwaltung zusichert, dass im ersten Quartal 2018 eine Stelle Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention ausschreibt.

Frau Brederlow sagte, dass eine Besetzung frühestens im Sommer erfolgt. Eine Vollzeitstelle soll geschaffen werden und dazu ist die Ausschreibung für Februar/März geplant. Frau Brederlow sicherte die Ausschreibung für das erste Quartal 2018 zu.

Frau Dr. Schöps zog den Antrag **4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention**
Vorlage: VI/2017/03548 zurück.

Herr Senius ging auf das Thema Katzenkastration ein und brachte den Änderungsantrag ein.

Herr Schachtschneider fragte, warum die Deckung aus dem Bereich Amtsblatt/ Publikationen kommt.

Herr Senius antwortete, dass in der Vergangenheit schon häufiger dieser Bereich zur Deckung benutzt wurde und weiterhin das Amtsblatt pünktlich erscheint.

Frau Haupt brachte einen weiteren Änderungsantrag ein.
Bei einer nicht Erhöhung des Ansatzes, hätte dies die zur Folge, dass die Leistungen verkürzt werden müssten.

Frau Haupt brachte den Änderungsantrag zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege ein.

Herr Senius sagte, dass zur Deckung der Fördermittelanträge im pflichtigen Bereich eine Erhöhung um 6000 Euro nötig ist. Herr Senius stellte den Änderungsantrag die Summe auf 558.000 Euro zu erhöhen.

Frau Brederlow sagte, dass lediglich die Antragssummen zur Verfügung gestellt wurden und noch nicht die geprüfte Version. Es ist üblich, dass nach Gesprächen Korrekturen vorgenommen werden und die Fördermittel nie eins zu eins ausgereicht werden.

Herr Senius fragte, ob noch nicht geprüft wurde und wie gewährleistet werden kann, dass die Leistungen der Anträge voll umfänglich erbracht werden ohne zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen.

Herr Baus sagte, dass die Prüfung läuft und sich auch beim Fördermittelempfänger im Laufe des Jahres einiges ändern kann. Bei dem Antrag der Fraktion die LINKE ist man bereits auf der sicheren Seite.

Herr Senius sagte, dass wenn zugesichert werden kann, dass die Inhalte der Förderungen voll umfänglich realisiert werden können und haushalterische Gründe dem nicht entgegen stehen, dann kann er dies akzeptieren.

Her Baus sagte, dass zugesichert werden kann, dass die Förderungen voll umfänglich realisiert werden.

Herr Senius zog seinen Änderungsantrag zurück.

Als nächster Bereich wurde der Eigenbetrieb Arbeitsförderung behandelt.

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016, hier: Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention
Vorlage: VI/2017/03548

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle „Psychiatriekoordinator/-in Sucht“ im Stellenplan 2018 (S. 1354, lfd. Nr. 167) wird mit dem Vermerk „kw bei Freiwerden“ versehen.
2. Im Stellenplan 2018 wird im FB Gesundheit ab Januar 2018 eine neue Stelle „Koordinator/-in für Psychiatrie und Sucht- und Drogenprävention“ in der Entgeltgruppe E 12 geschaffen.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage
„Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie
den Beteiligungsbericht 2017“ (Beschlussvorlage VI/2017/03365) – hier:
Katzenkastration
Vorlage: VI/2017/03574**

Frau Homann sprach zum Thema Katzenkastration. Der Verein führt regelmäßig Straßenkatzenkastrationen durch, im Jahr ca. 150. Die Finanzierung erfolgt über Ehrenamtliche, Spenden und Mitgliedsbeiträge und ist nur bedingt möglich, da die Kastration eines Katers 80 Euro und die einer Katze 120 Euro kostet. Die Schwämme an Babykatzen können nicht mehr bewältigt werden.

Im Rahmen ihrer Masterarbeit beschäftigte sich Frau Homann mit Straßenkatzenpopulationen. In diesem Zusammenhang hat sie drei Populationen mit 40 Tieren, die verdeckt leben.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Entwurf des Haushaltsplans 2018 sowie in die mittelfristige Finanzplanung jährlich 10.000 Euro für die Bezuschussung der halleschen Tierschutzvereine zum Zweck der Durchführung von Kastrationen bei Streunerkatzen aufzunehmen.

Die Deckung für das Jahr 2018 erfolgt aus dem Produkt 1.11107 „Amtsblatt, Pressearbeit u. Printpublikationen“.

**zu 4.1.3 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018,
Vorlage VI/2017/03365; hier: Gleichstellungsprojekte
Vorlage: VI/2017/03576**

Abstimmungsergebnis SKE: zugestimmt nach Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Die Mittel im Produkt 1.11103 Gleichstellung von Frau und Mann, Zeile 13 Transferaufwendungen werden um ~~5.000~~ 7.000 EUR auf insgesamt ~~70.700~~ 72.700 EUR erhöht.

zu 4.1.4 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2017/03582**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Im Produkt 1.41431 – Suchtberatungsstellen wird der Ansatz von 285.500 € (Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen) auf 335.500 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.1118 – Haushalts- und Finanzmanagement.

Produkt 1.11118 – Haushalt- und Finanzmanagement.

zu 4.1.5 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Vorlage: VI/2017/03583**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Im Produkt 1.33101 – Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege – Transferaufwendungen – wird der Ansatz von 400.000 € auf 450.000 € erhöht.

Im Produkt 1.31201 Leistungen nach SGB II (Leistungen nach § 16 a SGB II) wird der Ansatz von 472.600 € auf 552.600 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus dem

zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den
Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365

Abstimmungsergebnis SKE: zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis SR: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Projekt
Integrationslotsen
Vorlage: VI/2017/03294

Herr Helmich zog den Antrag zurück und bat darum in regelmäßigen Abständen über die
Thematik im Ausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zeitnah ein Konzept für die ehrenamtliche
Tätigkeit von Integrationslotsen zur Mitwirkung bei der Integration von anerkannten
Flüchtlings, Asylsuchenden oder Geduldeten in Halle zur Beschlussfassung vorzulegen, um
sich mit dem Konzept beim Land Sachsen-Anhalt um eine entsprechende finanzielle
Förderung bewerben zu können.

zu 5.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES
FORUM zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2017/03369

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ wird in der Stadtverwaltung eine 0,5 VZE-Personalstelle ab 01.01.2018 für die Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit in der Stadt eingerichtet. Die Stelle ist umgehend im Stellenplan für das Jahr 2018 zu berücksichtigen und mit Haushaltsmitteln zu untersetzen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, einen Antrag zur Aufnahme in den Landespräventionsrat zu stellen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Übersicht der Fördermittelanträge 2018

Ein Dokument ist im Session hinterlegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Senius zu TOP 5.2 Kinderarmut

Herr Senius fragte, wo nachzulesen ist, welche Ressourcen benötigt werden um den Maßnahmeplan umzusetzen.

Frau Brederlow antwortete, dass dies bisher noch nicht nachgelesen werden kann und im Rahmen des Präventionskonzeptes abgearbeitet wird. Zu Beginn des nächsten Jahres sind neue Themenfelder definiert.

zu 8.2 Herr Schied zu Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Bildung und Teilhabe

Herr Schied fragte, was aktuell für Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für Bildung und Teilhabe laufen.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Stellungnahme zu.

zu 8.3 Herr Schied zu Kostenerstattung Kita-Beiträgen

Herr Schied fragte, ob die monatliche Beantragung zur Erstattung der Kita-Beiträge erst seit diesem Jahr der Fall ist.

Herr Schied fragte, wie viele Eltern dies betrifft und seit wann die monatliche Beantragung durchgeführt wird.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Stellungnahme zu.

zu 8.4 Herr Schied zum Lichterfest

Herr Schied fragte, ob die Lasershow beim Lichterfest gesundheitsschädlich war, da die Laser in die Augen geblendet wurden.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Stellungnahme zu.

zu 8.5 Frau Haupt zu Bericht "Altsein in Halle" in Ausschüssen

Frau Haupt fragte, ob es zu diesem Thema mal wieder einen Bericht gibt.

Frau Brederlow sagte, dass es einen Beschluss des Stadtrates gibt, dass zur Pflegestruktur ein Bericht erarbeitet wird. In mehreren Bereichen ist dieses Thema vertreten und es ist schwierig immer wieder neue Berichte zu verfassen, wenn die Themen bereits in anderen Zusammenhängen behandelt wurden.

Frau Haupt sagte, dass ihr wichtig ist, dass die demografische Entwicklung in der Stadt regelmäßig aufgezeigt wird. Es sind zwar Teile im ISEK enthalten, aber eine Aufbereitung für die Sozialplanung wäre wichtig.

zu 8.6 Frau Haupt zu Gebärdensprachkurs für hörgeschädigten Jungen

Frau Haupt fragte zu einem Beitrag im MDR zu einem durch die Stadt nicht genehmigten Gebärdensprachkurs für einen hörgeschädigten Jungen.

Herr Baus bat um Beantwortung im nicht öffentlichen Teil.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

zu 9.2 Frau Haupt zu Standortverlegung Ausschuss in 2018

Frau Haupt regte eine Tagung bei der Lebenshilfe an.

zu 9.3 Herr Senius zu Anhörung Ombudsmann im Ausschuss I. Quartal 2018

Herr Senius regte an, dass der Ombudsmann im I Quartal 2018 über seine Arbeit berichtet und darstellt mit welchen Anliegen und in welcher Häufigkeit er kontaktiert wird.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin